

Das teure Ende der Sozialgarantie

VON ANTJE HÖNING

Nun kommt es zum Schwur: Die Krankenkassen legen in den nächsten Wochen fest, wie stark ihr Zusatzbeitrag 2025 jeweils steigen wird. Die Sozialabgaben erreichen ein Rekordhoch. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mussten Arbeitnehmer und Arbeitgeber, aber auch Rentner so viel ausgeben. Daran ist nicht das Scheitern der Ampelkoalition schuld, sondern deren kurzsichtige Sozialpolitik. Unter Angela Merkel galt noch die Sozialgarantie: Danach sollten nicht mehr als 40 Prozent des Einkommens in Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung fließen. Ihr Wirtschaftsminister wollte die Garantie sogar ins Grundgesetz schreiben lassen. Der demografische Wandel und das Unvermögen der Ampel-Regierung haben das vom Tisch gefegt. Schon jetzt liegt die Quote über 40 Prozent. Nur Belgien hat noch höhere Abgaben als Deutschland.

Die Belastung hat viele Väter. Einer ist Karl Lauterbach. Der Gesundheitsminister hat es nicht geschafft, das Versprechen umzusetzen und Steuermittel für versicherungsfremde Leistungen loszueisen. Allein für Bürgergeld-Empfänger müsste der Staat den Kassen neun Milliarden Euro jährlich mehr zahlen. Stattdessen legalisiert er Cannabis und legt ein überflüssiges Gutes-Herz-Gesetz auf. Nicht voran geht es auch bei der Pflegeversicherung, die auf den Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen nicht vorbereitet ist. Lauterbachs simple Antwort auf die drohende Zahlungsunfähigkeit lautet: Beiträge rauf. Einer der Väter der Misere ist auch Hubertus Heil. Der Sozialminister ignoriert die Beitragszahler. Mit dem Rentenpaket II wäre ein neuer Beitragsschub auf die junge Generation zugekommen. Gut, dass das nun Geschichte ist. Zugleich packt er Strukturprobleme wie die Rente mit 63 und das Rentenalter nicht an. Eine neue Regierung ist eine Chance – die Herausforderung Sozialpolitik bleibt.

Das Verkehrsrisiko steigt mit dem Alter

VON MARTIN KESSLER

Der Befund ist erschreckend: Jeder dritte Verkehrstote ist über 65 Jahre alt. Das ist weit mehr, als die Älteren insgesamt an der Bevölkerung ausmachen. Der Verkehr ist für betagte Menschen ein größeres Risiko geworden, viel zu oft sogar ein tödliches. Gründe dafür gibt es jede Menge: überfüllte Straßen, schlechte Wetterverhältnisse, schwächere Körperkonstitution. Wer als ältere Person durch einen Verkehrsunfall verletzt wird, hat häufig schwerwiegendere Folgen zu tragen als jüngere und gesündere Menschen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Menschen ab 65 Jahren im Schnitt weniger fahrtüchtig sind als die mittleren Alters. Es ist banal: Seh- und Reaktionsfähigkeiten nehmen mit den Jahren ab, auch die Technik im Auto überfordert manchen Älteren. Das gilt nicht für alle, aber im Schnitt der Altersgruppe trifft es doch zu. Den Beleg dafür liefert erneut das Statistische Bundesamt. Nach dessen Zahlen für das vergangene Jahr sind bei Unfällen, bei den über 65-Jährige beteiligt sind, die Älteren zu zwei Dritteln die Hauptverursacher. Bei den über 75-Jährigen sind es sogar drei Viertel.

Richtig ist auch: Ältere Menschen, insbesondere auf dem Land, müssen mobil bleiben. Oft haben sie niemanden in der Verwandt- oder Bekanntschaft, der für sie Einkäufe erledigt oder mit ihnen zu Behörden und Ärzten geht. Da muss jede Person zunächst für sich entscheiden, ob sie noch fahrtüchtig ist. Aber ganz tatenlos kann der Staat nicht bleiben. Wer einen schwereren Unfall verursacht hat (mit mehr als Blechschaden), sollte eine Überprüfungsfahrt mit einem anerkannten Fahrlehrer machen müssen. Der sollte die betagteren Fahrer davon überzeugen, auf den Führerschein gegebenenfalls zu verzichten. Oder in gravierenden Fällen dem zuständigen Amt Meldung erstatten. Mehr als 1000 ältere Verkehrstote im Jahr sind in jedem Fall zu viele, um nichts zu tun.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

MEINUNG Die Zeiten werden rauer. Das ruft eine alte Angst herauf: dass nämlich die Bundesrepublik eine kaum belastbare Schönwetterdemokratie sei. Diese These ist so abgenutzt wie unsere Infrastruktur und das Sozialsystem.

Das Ende der Selbstverständlichkeiten

VON RÜDIGER FRANZ, BONN

Joot – so lautet in Bonn nicht erst seit Konrad Beikircher die einzig richtige Antwort auf die Frage: „Wie isset?“ Ein wenig könnte es damit zusammenhängen, dass auch die Bonner Republik immer mal wieder dringend verdächtigt wird, eine „Schönwetterdemokratie“ zu sein. Ob es nun beruhigt oder nicht: Die These wurde beim Umzug nach Berlin nicht am Rhein vergessen. Und angesichts der aktuellen „Polykrisen“ erscheint sie doch eigentlich plausibler denn je.

Beginnen wir bei einer Tatsache, die eher gegen die Theorie spricht: ihrem Alter. Denn Zweifel an ihrer Wetterbeständigkeit sind so alt wie die Bundesrepublik selbst. Die „rechtsstaatliche Ordnung des Bonner Grundgesetzes“ stelle „nur so lange einen sicheren Bestand dar, als es gelingt, den außen- und innenpolitischen Ruhezustand zu wahren“, schrieb 1958 der Verfassungsrechtler Werner Weber. Der Journalist Winfried Martini führte 1960 im Buch „Freiheit auf Abruf“ mit dem kassandrahaften Untertitel „Die Lebenserwartung der Bundesrepublik“ die These aus, das Grundgesetz sei nicht auf die revolutionäre Unruhe des 20., sondern eher auf die Behaglichkeit des 19. Jahrhunderts eingerichtet, seine staatlichen Institutionen seien nicht auf den „Ernstfall“ abgestellt.

Analog dazu bemerkte 30 Jahre später der Philosoph Odo Marquard in der „Frankfurter Allgemeinen“: „Vernünftig ist, wer den Ausnahmezustand vermeidet.“ Und wiederum knapp 15 Jahre danach warnte der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte: „Die Idylle endet. Unter der Oberfläche brodelt es gewaltig. Mit Zeitverzögerung stellt sich die Demokratiefrage neu.“ 2003 war das, vor den Merkel-Jahren und der Eurokrise, noch länger vor AfD, BSW, Trump, Corona, Migrationskrise, Ukraine-Krieg.

Jahrzehnt um Jahrzehnt ging darüber hinweg. Das Institutionengefüge der Bundesrepublik mag seine Schönheitsfehler haben – seine Durchdringung durch Parteibücher etwa war so nicht vorgesehen. Zugleich hat es aber eine Stabilität bewiesen, die keine eindeutigen Sollbruchstellen erkennen lässt und wohl manchen Skeptiker der 50er- oder 60er-Jahre überraschen würde.

Nicht ausgeschlossen, dass schlicht eine gewisse Verwöhnung die Ursache dafür ist, dass das tägliche Badewasser aktuell als unerfreulich kalt empfunden wird und die Reflexion mancher Nachrichten den Eindruck erweckt, die Republik habe die Zukunft bereits hinter sich. Blasser wird in der Erinnerung jene Zeit, in der zumindest Westdeutschland im Windschatten der Weltgeschichte bei Capri-Sonne fröhlich den Aufstiegsversprechen und den abendlichen Mainzelmännchen entgegensegte. Sowohl die „Wirtschaftskrise“ zum Ende der sozialliberalen Koalition als auch die „Agenda 2010“ unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wirken gemessen an aktuellen Herausforderungen wie eine Folge von „Ein Schloss am Wörthersee“, und dazu ein „Wölkchen“ von Dr. Oetker.

Doch hat es Systemen selten gutgetan, sich aus reiner Bequemlichkeit für unverwundbar zu erklären – gut fünf Staatsgebilde in 150 Jahren auf deutschem Boden lassen großen. Nachdenklich stimmt es, wie Karl-Rudolf Korte seine alarmierende Wortmeldung vor über 20 Jahren begründete: „Wachstum war Teil der Staatsräson. Mit Geld, das umverteilt wurde, ließen sich Konflikte im Konsens lösen. Die neue ökonomische Knappheit kann jedoch die Sehnsüchte nach fürsorglichen Regimen in den Bereichen der Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik nicht mehr befriedigen.“

Um einiges schärfer müsste Korte das heute formulieren, wobei weiterhin nicht die Verfassungsordnung fragil ist,

sondern das, was nach verbreiteter Ansicht ihr Fundament bildet: ein scheinbar selbstverständliches wirtschaftliches Wachstum und die Steigerung des Wohlstands.

Kein Wunder eigentlich, wenn alles, wirklich alles teurer wird – von Grundsteuer, Versicherungen, Fahrkarten, Klassenfahrten, Energie- und Lebensmittelpreisen und Musikschulen bis hin zu Gebühren für Abwasser, Müllentsorgung und Straßenreinigung und Vereinsmitgliedschaften. Trotz Rekordsteuereinnahmen stürzen Brücken ein,

wird die Deutsche Bahn national und international verspottet, gammeln Schulgebäude vor sich hin und fehlen Zigtausende Wohnungen. Das Land ist kaum verteidigungsfähig, die Grenzen sind nicht effektiv kontrollierbar. Der amtierende Bundeskanzler verspricht, bei der „sozialen Sicherheit“ dürfe es keine Abstriche geben – verschweigt aber, dass ein bei schrumpfender Erwerbsbevölkerung wachsender Sozialstaat eine wachsende Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und damit mindestens eine vernünftige Infrastruktur braucht.

Das gleichzeitig die Kranken-, Pflege- und Rentenkassen in die heiße Phase des demografischen Wandels in einem heillos überalterten Land einbiegen, was wiederum den Faktor Arbeit verteuert und Jobs verknappt, womit die Sozialabgaben der Beschäftigten weiter steigen, während andere Eigenverantwortung verlernen: ein Problemkarussell, wie es der tollpatschige Mister Bean in seinen Sketchen kaum besser antreffen könnte. „Our house is on fire!“, möchte man da besonders mit der Generation U40 ausrufen – und zugleich ausdrücklich feststellen, dass weder das Grundgesetz noch die „Schönwetterdemokratie“ an dem Dilemma Schuld tragen.

Am Ende werden die Menschen zu beweisen haben, ob sie Freiheit und Demokratie tatsächlich zu schätzen wissen. Ein anschwellendes Repräsentationsvakuum, Sezession in Nachbarschaften, zunehmende Radikalisierung oder auch mehr Solidarität, all das ist in Verteilungskämpfen ebenso möglich wie die Versuchung seitens „Vater Staat“ und führender Politiker, Demokratie (rettung) mit der Verabsolutierung eigener Positionen zu verwechseln, nötigenfalls mit etwas Druck oder der Einrichtung von Meldestellen. Dem antiken Philosophen Demokrit wird der Satz zugeschrieben, dass er es vorziehe, in einer Demokratie arm als unter einem Tyrannen reich zu sein. In Wintern, die ungemütlich werden könnten, lässt sich darüber doch noch einmal gut nachdenken.

INFO

Der Optimismus wächst ein wenig

Lage In einer Yougov-Umfrage für Weltsparen, die Geldanlageplattform des Berliner Fintechs Raisin, sagten im Oktober 35 Prozent der Befragten, sie machten sich häufig Sorgen um die finanzielle Situation. 2023 waren es noch 50 Prozent gewesen.

Ausblick Grundsätzlich schätzen immer mehr Verbraucher ihre künftige Situation wieder positiv ein, berichtet die Postbank mit Bezug auf eine andere Yougov-Erhebung im November. Der Anteil wuchs im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung 2023 um knapp fünf Prozentpunkte auf 48 Prozent. Der Anteil der Pessimisten nahm ab auf 39 Prozent – nach 45 Prozent 2023. (dpa)



Symbol der Krise: die eingestürzte Carolabridge in Dresden. FOTO: DPA

WISSENSDRANG

Nulich fand eine Hausdurchsuchung bei einem Rentner statt, der in satirischer Anspielung auf die Shampoo-Firma Schwarzkopf Robert Habeck im Netz einen „Schwachkopf“ genannt hatte. In dieser Zeitung hieß es dazu: „Hass und Beleidigungen im Netz sind ein seit Jahren wachsendes Problem.“ Mit dieser Begründung wurde 2021 der Paragraf 188 Strafgesetzbuch (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung) um Werturteile erweitert. Zuvor waren nur falsche Tatsachenbehauptungen strafbar. Nun wurde die Suche nach Kritik auch als Geschäftsmodell für Firmen entdeckt. „Wir suchen für dich nach potenziellen Beleidigungen, Drohungen und anderen Straftaten“ und erstat-

Schwachköpfe und Horrorclowns

Politiker klagen verstärkt gegen Spott im Netz. Das schüchtern ein.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

ten Anzeige, wirbt die Firma Sodone. Gesucht wird mit KI quer durch die sozialen Medien. Seitdem sind einige Politiker dazu übergegangen, über Sodone jeden Spötter und Verächter anzuzeigen, der sich öffentlich bemerkbar macht. Neben dem leidenschaftlichsten Kläger Habeck haben Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Annalena Baerbock, Markus Söder, Karl Lauterbach und andere massenweise Anzeigen eingereicht. Begreifen Sie, welche Gefahr von Ausdrücken wie „Flintenweib“, „dümmste Außenministerin der Welt“, „Söldol“ und „Horrorclown“ für „Personen des politischen Lebens“ ausgehen könnte? Ich nicht. Die Folgekosten der unheimlichen Allianz von Politikern und Privatwirtschaft sind jedoch beträchtlich: Die Klagen schüchtern ein. Da-

mit schaden sie der demokratischen Kultur. Denn betroffen sind nicht nur üble Hetzer, sondern potenziell alle Bürger und Bürgerinnen, die nicht in politische Apathie verfallen, sondern lustvoll, emotional, wertend und verbal kreativ auf Tagespolitik reagieren. In einer Demokratie müssen alle sich angstfrei an den politischen Meinungsbildungsprozessen beteiligen können. Natürlich nicht mit Äußerungen, die gegen die Menschenwürde verstoßen oder zu Gewalt anstacheln. Aber Spott über Politiker darf nicht verboten sein.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.